AußenwirtschaftsNews – USA

10/2026

Mit unserer monatlichen Veröffentlichung *AußenwirtschaftsNews* informieren wir Sie in kompakter Form über wichtige wirtschaftliche und politische Entwicklungen auf ausgewählten Auslandsmärkten. Die *AußenwirtschaftsNews* gibt es derzeit für die USA, Mittel- und Osteuropa sowie China.

1 Konjunktur

- Die US-Wirtschaft ist im zweiten Quartal 2026 stärker gewachsen als gedacht. Auf Jahresbasis hochgerechnet nahm das BIP um 2,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu. Die letzte Schätzung war noch von einem Wachstum von 1,5 Prozent ausgegangen. Der Anstieg ist auf höhere Konsumausgaben, Investitionen und Exporte zurückzuführen. Die letzte BIP-Schätzung fiel niedriger aus, weil der Umfang der privaten Investitionen unterschätzt worden war. Im ersten Quartal 2026 wuchs die US-Wirtschaft um 2,5 Prozent.
- Im September entstanden in den USA 29.000 Arbeitsplätze. Die Arbeitslosenquote stieg 0,1 Prozentpunkte gegenüber dem August auf 4,2 Prozent.
- Der Erzeugerpreisindex stieg im August um 0,4 Prozentpunkte an. Der Index liegt nun 5,4 Prozent höher als im Vorjahresmonat. Preise für Waren sind stärker gestiegen als für Dienstleistungen.
- Die Inflationsrate stieg im August saisonbereinigt um 0,4 Prozentpunkte und beträgt nun 3,4 Prozent. Der Anstieg ist erneut vor allem auf gestiegene Energiepreise zurückzuführen.
- Die Verbraucherstimmung hat sich im September verschlechtert und hat den niedrigsten Stand der letzten vier Monate erreicht. Die wirtschaftlichen Erwartungen haben sich verschlechtert und Sorgen wegen steigender Preise haben zugenommen. Vor allem unter Republikanern hat sich die Verbraucherstimmung seit Jahresbeginn stark verschlechtert. Die Inflationserwartung für das nächste Jahr hat erneut zugenommen und beträgt nun 4,6 Prozent.
- Die US-Notenbank hat den Leitzins im September um 0,25 Prozent angehoben. Er beträgt nun 3,75 bis 4,0 Prozent. Die US-Notenbank begründet ihre Entscheidung mit dem anhaltenden Wirtschaftswachstum und der stabilen Arbeitslosenquote. Die Inflation liegt jedoch weiter über der Zielmarke von 2,0 Prozent.

2 Handels- und Zollpolitik

- Die USA und China wollen Importzölle abbauen. Mit dem „30-for-30-Deal“ sollen Zölle auf US-amerikanische und chinesische Importe im Wert von je 30 Mrd. US-Dollar entfallen. Betroffen wären landwirtschaftliche Produkte und ausgewählte Medizintechnik sowie verschiedenste Konsumgüter (chinesische Güter, US-amerikanische Güter). Wann diese Zölle abgebaut werden sollen, ist offen. Mit der Konkretisierung der Pläne wurde das eigens für die Bearbeitung von handelspolitischen Streitfragen geschaffene „US-China-Board of Trade“ betraut.
- China und die USA wollen ihr aktuelles handelspolitisches Arrangement bis Anfang 2027 fortsetzen und so lange auf eine weitere Eskalation des Handelskonflikts verzichten. Obwohl sich die Präsidenten auf politischer Ebene geeinigt haben, stehen konkrete Rechtsakte dazu noch aus. So wurde die BIS Affiliates Rule (90 FR 47201) im September 2025 für ein Jahr ausgesetzt (vgl. 90 FR 50857). Dieser Zeitraum endet am 9. November 2026. Am Folgetag ist die Rule wieder anzuwenden. Die BIS Affiliates Rule weitet bestimmte Beschränkungen der US-Exportkontrolle auf verbundene nicht-gelistete Unternehmen aus. Sie soll verhindern, dass Handelsbeschränkungen mittels Tochter- und Beteiligungsgesellschaften umgangen werden.
- Die USA haben mit Litauen und mit Italien Vereinbarungen zu kritischen Rohstoffen unterzeichnet. Die Partnerschaften sollen die Versorgung mit kritischen Rohstoffen sichern, Investitionen in deren Gewinnung und Verarbeitung fördern und strategische Abhängigkeiten verringern. Polen, Großbritannien, Australien, Japan und Malaysia haben bereits ähnliche Absprachen mit den USA getroffen. Im April haben die Europäische Union und die USA eine Absichtserklärung zur Zusammenarbeit bei kritischen Rohstoffen unterzeichnet. Litauen übernimmt im Januar 2027 die EU-Ratspräsidentschaft und könnte dann die weitere Zusammenarbeit mit den USA vorantreiben.
- Die USA haben mit Venezuela eine Vereinbarung über die Ölreserven des Landes geschlossen. Die Vereinbarung sichert dem US-Unternehmen North American Blue Energy Partners die Förderrechte an insgesamt 17 venezolanischen Ölfeldern über 100 Jahre. Damit wird das Unternehmen zum zweitgrößten Halter nachgewiesener Ölreserven weltweit nach dem saudischen Konzern Aramco. Die USA halten 35 Prozent der Unternehmensanteile, zudem erhalten die USA ein Vorzugsrecht für 20 Prozent des künftig geförderten Öls. Die US-Regierung gibt an, dass bereits Ende 2026 Öl zum Erzeugerpreis auf den US-Markt fließen soll. Kritiker des Deals bezweifeln, dass die Ressourcen so rasch erschlossen werden können.
- Die USA haben ein Importverbot für kanadische Motorräder, Milchprodukte und Alkoholika erlassen. Das Importverbot ist eine weitere Eskalation im Handelsstreit zwischen den Nachbarländern. In öffentlichen Beschaffungsprozessen können in den USA auf nationaler Ebene keine kanadischen Produkte mehr eingekauft werden, zuvor hatten einige kanadische Provinzen ihren Einkauf angewiesen primär kanadische Produkte zu beschaffen. Verhandlungen waren im August gescheitert, woraufhin die USA Zölle einführten, die Kanada gespiegelt hat. Die USA haben gedroht, die Zölle auf Kfz- und Kfz-

Teile aus Kanada anzuheben, falls die Handelspartner bis Jahresende keine Einigung erzielen.
- Ein Treffen der Handelsminister der G20-Staaten in den USA endete mit überschaubaren Ergebnissen. Die USA hatten eine gemeinsame Erklärung zum internationalen Kampf gegen Zwangsarbeit in Lieferketten vorgeschlagen, die nur Argentina und Mexiko unterzeichneten. Die USA nutzen den Kampf gegen Zwangsarbeit als Rechtfertigung für einen Großteil ihrer Zölle. US-amerikanische Vorschläge zum Umgang mit globalen Überkapazitäten und zur Reform des MFN-Zollsystems fanden ebenfalls keine breite Zustimmung.

3 Allgemeine Politik

- Die Regierung von US-Präsident Trump führt erneut Gebühren für H1B-Visa ein. Die Proklamation verpflichtet Arbeitgeber, die ein H1B-Visum beantragen, eine Gebühr von 100.000 US-Dollar zu bezahlen. Die Regelung gilt für zwölf Monate und gleicht einer Regelung aus dem letzten Jahr, die bis September befristet war. Die Regelung aus dem letzten Jahr ist Gegenstand eines andauernden Rechtsstreits. Die US-Regierung führt verschiedene Gründe für die Gebühren an: Arbeitnehmer, die mit einem H1B-Visum ins Land kämen, würden US-Amerikanern Jobs wegnehmen und die Löhne drücken, da die ausländischen Arbeitnehmer oft schlechter bezahlt würden als Amerikaner in ähnlichen Positionen. Viele Jobs, die von ausländischen Arbeitnehmern mit H1B-Visum gemacht würden, würden über Kurz oder Lang ins Ausland verlagert. Da Jobs in MINT-Berufen häufig von ausländischen Arbeitnehmern mit H1B-Visum angenommen werden, würde US-Amerikaner davon abhalten, in diese Berufsfelder einzusteigen.
- Das US-Energieministerium hat im September Investitionen von 99 Mrd. US-Dollar in 21 neue Geothermieprojekte angekündigt. Im Rahmen von fünf Projekte sollen Technologien erprobt werden. Die verbleibenden 16 Projekte befassen sich mit der Exploration neuer Ressourcen. Die in den Projekten generierten Daten werden über das „Geothermal Data Repository“ veröffentlicht.
- Nach Angaben der US-Statistikbehörde BLS arbeiteten 34 Prozent der Erwerbstätigen in den USA 2025 zumindest gelegentlich von zu Hause aus; 28 Prozent hatten feste Arbeitstage, an denen sie ausschließlich im Homeoffice tätig waren. Angehörige bestimmter Berufsgruppen nutzen das Homeoffice mehr als andere. So arbeiteten mehr als zwei Drittel der Beschäftigten in Management-, Unternehmens- und Finanzberufen gelegentlich von zu Hause aus.
- Das Bayerische Wirtschaftsministerium organisiert eine Delegationsreise unter der Leitung von Staatsminister Hubert Aiwanger in die USA. Vom 11. bis zum 17. April 2027 besucht die Delegation bayerischer Unternehmen Colorado. Der Fokus der Reise liegt auf der Luft- und Raumfahrt. Mehr Informationen zur Reise und Informationen zur Teilnahme finden Sie hier.

Ansprechpartner

Marion Zilker
Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-482
marion.zilker@vbw-bayern.de
www.vbw-bayern.de

Christoph Kolle
Leiter des vbw Büros New York

Telefon +1 917-216-9569
christoph.kolle@vbw.com
www.vbw.com

Hinweis:
Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

07.10.2026